

um seine Beschwerden gegen die Reichsgesetzgebung in den schwärzesten Farben darzustellen. Ich kann das nur bedauern; aber, meine Herren, ich glaube, Sie werden mit mir einverstanden sein, daß wir den heutigen Tag dadurch nicht stören dürfen, daß wir in eine Debatte über derartige Angelegenheiten heute eintreten.

Das, was ich zu sagen habe, betrifft lediglich noch, daß ich den Antrag stelle:

„Die Kammer wolle beschließen:

den Antrag des Abg. Streit unter 2 dadurch auszuführen, daß sie die darin erwähnte Deputation sofort erwählt.“

Präsident Haberkorn: Sie haben diesen Antrag gehört. Wird derselbe unterstützt? — Genügend.

Wir kommen nun zur Beschlußfassung. Begehrt Jemand das Wort? — Herr Abg. Bebel!

Abg. Bebel: Meine Herren! Auch ich habe nicht die Absicht, heute eine längere Rede zu halten; ich will nur sagen, was unumgänglich nothwendig ist. Ich würde nicht einmal das Wort ergriffen haben, wenn nicht die Worte des Herrn Präsidenten und des letzten Redners mich dazu provocirt hätten. Ich kann nur zurückkommen auf Das, was der Herr Abg. Liebknecht gesagt hat: wir werden den Lauf der weiteren Verhandlung dazu benutzen, Dasjenige, was er hier im Allgemeinen gesagt hat, Ihnen in einzelnen Thatsachen, und zwar in massenhaften Thatsachen, die Ihnen, wie ich allerdings glaube, zum größten Theil nicht bekannt sind, nicht bekannt geworden sein können, weil die jetzt in Sachsen allein das Wort habende Presse stets und absichtlich diese Thatsachen verschweigt und verschwiegen hat, vorzuführen. Sie werden ein Material finden, daß Ihnen selbst die Haare zu Berge stehen, was in Sachsen heutzutage möglich ist, was sich die Polizeigewalt für Dinge erlauben darf, und daß sie zum Theil von den höchsten Spitzen der Behörden darin unterstützt wird.

Meine Herren! Der Herr Präsident hat gesagt, es sei rechtlos in Sachsen Niemand, in Sachsen gehe Alles nach Recht und Gesetz zu und Jeder sei in der Lage, sich gegen Unzuträglichkeiten gegen seine Person zu schützen. Heute ist in Sachsen, wie im deutschen Reiche eine bestimmte Gesinnung geächtet, und wenn ich als ehrlicher Mann meine Gesinnung verrete, von dem Rechte Gebrauch mache, was Jeder hat, seine Meinung öffentlich auszusprechen, so wird mir dies als ein Verbrechen angerechnet. Wenn der Herr Präsident sagt, es könne sich Jeder dagegen schützen, so kann er dies nur auf Kosten seiner Ueberzeugung, dadurch, daß er seine Ueberzeugung unterdrückt, resp. daß er nach außen hin heuchelt und scheinbar eine andere Ueberzeugung annimmt, als er sie in Wirklichkeit besitzt. Uns dürfen Sie nicht zumuthen, charakterlos zu werden, indem wir unsere Ueberzeugung verleugnen. Nein, meine Herren, wir

werden bis zum letzten Athemzug an unserer Ueberzeugung festhalten, so hart es uns bisher angekommen ist, dieser Ueberzeugung Ausdruck zu geben gegen die Uebermacht unserer Feinde; wir werden bis zum letzten Athemzug aushalten, und mögen die Gewaltmaßregeln noch zehnmal ärger gegen uns in Scene gesetzt werden, als sie bis jetzt gegen uns in Scene gesetzt worden sind.

Dann sagte der Herr Vorredner, er bedaure, daß der Herr Abg. Liebknecht hier einen Mißklang hineingebracht habe. Ich habe zunächst zu constatiren, daß der Abg. Liebknecht im Namen seiner Parteifreunde gesprochen hat, insbesondere im Namen Derjenigen, die hier auf dieser Bank sitzen. Zweitens sind — das muß auch ich antworten — nicht wir es, die diesen Mißklang in Ihre Verhandlungen geworfen; wir sind provocirt worden durch die Mißhandlungen, die man gegen uns begeht und begangen hat, und wir halten uns verpflichtet, in dem Moment, wo man die Dinge so hinzustellen versucht, als ginge in Sachsen Alles nach Wunsch, als sei eine allgemeine Glückseligkeit vorhanden, zu constatiren, wie die Dinge in Wahrheit stehen, daß thatsächlich heute Hunderttausende — das ist nicht übertrieben — ich möchte sagen, in Sorge Tag für Tag leben, weil sie nicht wissen, ob die Maßregeln, die über Leipzig und Umgegend verhängt sind, nicht morgen oder übermorgen, je nach dem Belieben und der Willkür des Ministeriums, auf andere Bezirke übertragen werden. Man berufe sich nicht darauf, daß es Reichsgesetze sind, unter denen wir leben, daß es nicht sächsische Gesetze sind. Die sächsische Regierung, die obersten sächsischen Behörden haben diesen Gesetzen zugestimmt, die sächsische Regierung ist nicht gezwungen worden, in Leipzig den Belagerungszustand zu erklären; das hat sie aus eigener Initiative gethan; sie würde es als eine Beleidigung ansehen, wenn ich sagen wollte, sie habe dem Drucke aus Berlin nachgegeben, wie vielfach behauptet worden ist und wird. Nein, ich bin überzeugt, sie hat es aus eigener Initiative gethan, wie sie noch manches Andere in dieser Beziehung thun wird, und insofern ist sie ganz und allein voll verantwortlich für Das, was geschehen ist und noch geschehen wird. Wir werden das Recht, das uns als Landesvertreter gegeben ist, benutzen, um zur gegebenen Stunde die Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Bereits haben wir heute eine Interpellation zu diesem Zwecke eingebracht und wir werden in den nächsten Tagen über diesen Punkt uns weiter sprechen.

Abg. Ackermann: Es war nicht meine Absicht, an der Debatte mich zu betheiligen; nach den Provocationen stärkster Art aber, die wir von den Herren Abgg. Liebknecht und Bebel gehört haben, ist Schweigen nicht möglich.